



Kantonsrat

Sitzung vom: 29. Juni 2015, nachmittags

Protokoll-Nr. 286

Nr. 286**Anfrage Widmer Herbert und Mit. über den Stand der Arbeiten für eine medizinische Fakultät an der Universität Luzern (A 639). Schriftliche Beantwortung**

Die schriftliche Antwort des Regierungsrates auf die am 27. Januar 2015 eröffnete Anfrage von Herbert Widmer, übernommen von Helen Schurtenberger, über den Stand der Arbeiten für eine medizinische Fakultät an der Universität Luzern lautet wie folgt:

"Zu Frage 1: Wie beurteilt der Regierungsrat die demografische Entwicklung im Arztberuf im Kanton Luzern (vgl. Artikel im «Luzerner Arzt» Nr. 100 vom Januar 2015)? Hält er diesbezügliche Massnahmen für notwendig?

In der Schweiz herrscht ein Mangel an einheimischen Ärztinnen und Ärzten. Um die Nachfrage zu decken, ist die Schweiz auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Ein grosser Teil von diesen stammt aus Deutschland und Österreich. Diese Länder versuchen inzwischen verstärkt, die Abwanderung ihrer medizinischen Fachkräfte zu verhindern und die bereits abgewanderten wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuholen.

Zu diesen Rekrutierungsproblemen kommen zwei weitere erschwerende Faktoren hinzu: Zunehmend wollen jüngere Ärztinnen und Ärzte Teilzeit arbeiten. Um alle offenen Stellen besetzen zu können, müssen deshalb mehr Personen ausgebildet werden. Ausserdem steigt im Gesundheitswesen die Nachfrage nach Leistungen. Denn immer mehr Menschen werden immer älter, weshalb sie auch mehr medizinische Leistungen benötigen.

Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, die Zahl der Studienplätze an den bestehenden medizinischen Fakultäten zu erhöhen. Auch möglich ist, an anderen Schweizer Universitäten neue Studienplätze zu schaffen. Um die Ausbildung in den Spitälern sicherstellen zu können, sind zusätzliche klinische Ausbildungsplätze nötig.

Zu beachten ist, dass zusätzliche Studien- und Ausbildungsplätze im Bereich Humanmedizin die Problematik der fehlenden Hausärztinnen und -ärzte nicht allein lösen können. Denn es ist den Studienabgängern überlassen, ob sie sich für eine Tätigkeit in der Grundversorgung entscheiden - oder für eine finanziell oftmals lukrativere Spezialisierung. Zudem gibt es Absolventen, welche gar nie als Ärzte praktizieren oder dem Beruf nach einigen Jahren den Rücken kehren. Deshalb spricht sich unser Rat dafür aus, die Rahmenbedingungen für die Hausärztinnen und -ärzte in der Schweiz generell zu verbessern.

Die Situation im Kanton Luzern präsentiert sich gleich wie in der übrigen Schweiz. Die Rekrutierung von medizinischem Personal ist für Spitäler, Kliniken sowie für Betreiber von Arztpraxen eine Herausforderung. Insbesondere in ländlichen Regionen wie in Willisau und im Entlebuch ist es oft sehr schwierig oder gar unmöglich, eine Nachfolgelösung nach der Pensionierung zu finden. Aktuell sind im Entlebuch rund 57 Prozent aller Grundversorger über 60 Jahre alt, in der Stadt Luzern nur 22 Prozent.

In der Zentralschweiz besteht denn auch im ärztlichen Bereich insbesondere Bedarf an regionalen Grundversorgerinnen und Grundversorgern. Aus versorgungspolitischer Sicht ist es deshalb sinnvoll, zusätzliche Ärztinnen und Ärzte mit spezifischem "Luzerner Profil" auszubilden, medizinische Generalisten für die Spitäler und die Grundversorgung also. Im Kanton Luzern könnten nicht nur das Luzerner Kantonsspital davon profitieren, wenn zusätzliche

Medizin-Studienplätze geschaffen würden, sondern auch die übrigen Spitäler und Kliniken sowie die Ärztinnen und Ärzte mit eigener Praxis. Dem Ärztemangel könnte wirksam begegnet werden.

Der Kanton Luzern fördert bereits mit verschiedenen Massnahmen, so etwa mit dem "Praxisassistentenprogramm", erfolgreich den Hausärzte-Nachwuchs: Rund 50 junge Ärztinnen und Ärzte haben seit 2012 ein Praktikum bei einem Luzerner Hausarzt absolviert. Von diesen ist heute ein Viertel als Hausarzt oder Hausärztin im Kanton Luzern tätig, und gut die Hälfte befindet sich noch in der Weiterbildung. Die Praxisassistenten ist ein sechs Monate dauerndes Praktikum, um den Hausarztberuf und den Praxisalltag kennenzulernen. Der Kanton Luzern bezahlt jährlich bis zu 1,2 Millionen Franken an das Programm, womit unter anderem zwei Drittel der Lohnkosten der Praxisassistenten finanziert werden. Eine weitere wichtige Massnahme war die Schaffung des Instituts für Hausarztmedizin und Community Care durch die Ärztesgesellschaft. Das Praxisassistentenprogramm wird nun in dieses Institut integriert.

Da es für Hausärzte auf dem Land schwieriger ist als für ihre Kollegen in der Stadt, Nachfolger für ihre Praxis zu finden, fördert der Kanton Luzern zudem die Gründung von Gruppenpraxen auf dem Land.

Zu Frage 2: Ist er noch immer der Ansicht, dass die Einführung eines Masterstudienganges für Ärzte für den Kanton Luzern anzustreben ist?

Zurzeit laufen Abklärungen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie (s. Antwort auf Frage 3). Auch in anderen Kantonen sind Abklärungen für die Schaffung neuer Medizin-Studiengänge in Gang. So hat das Tessiner Parlament bereits beschlossen, dass ab 2018 ein Masterprogramm für Medizin starten soll. Fribourg prüft, zusätzlich zum Medizin-Bachelor neu ein Masterstudium in Medizin anzubieten. Der Kanton St. Gallen hat im April 2015 die Abklärungsarbeiten für einen eigenen Studiengang in Humanmedizin begonnen. Dabei werden drei Varianten geprüft: ein Master-Studiengang in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen; ein eigener, kompletter Studiengang auf Masterstufe; der Aufbau einer kompletten, eigenen medizinischen Fakultät (Bachelor und Master).

Gleichzeitig haben die bestehenden Fakultäten die Zahl ihrer Studienplätze erhöht. Ob vor diesem Hintergrund ein Master-Studiengang für Luzern Sinn macht und ob sich ein geeigneter Partner für die Bachelorausbildung finden lässt, wird nun geprüft. Erst wenn die Ergebnisse vorliegen, kann entschieden werden.

Zu bedenken ist, dass die Universität Luzern mit grossem Erfolg den Studiengang Gesundheitswissenschaften aufgebaut hat. Dabei arbeitet sie eng mit der Schweizer Paraplegiker-Forschung und weiteren Stiftungen zusammen, welche auch die Anschubfinanzierung des Studiengangs übernommen haben. Es ist klar, dass dieser Studiengang nicht zu Gunsten eines neuen Medizinmasters geschwächt werden darf. Die längerfristige Fortführung und Weiterentwicklung der Gesundheitswissenschaften sowie ihre Rolle in der Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Zentralschweiz sind deshalb zurzeit ein Thema. Sie werden auch in der zweiten Phase der Machbarkeitsstudie Master Medizin beleuchtet.

Zu Frage 3: Ist die Phase eins der Machbarkeitsstudie abgeschlossen, beziehungsweise wie ist der Stand der entsprechenden Arbeiten?

Die erste Phase der Machbarkeitsstudie wurde letzten Herbst mit einem Bericht zu Händen unseres Rates abgeschlossen. Dabei hat sich gezeigt, dass ein Masterstudium Medizin in Luzern besondere Chancen und Risiken birgt. Chancen sind der erwähnte grosse Bedarf an Absolventinnen und Absolventen des Medizinstudiums und die Möglichkeit, diese in der Zentralschweiz auszubilden und dabei den Fokus inhaltlich auf die regionale Grundversorgung zu legen. So könnte zumindest ein Teil des Nachwuchses an die Spitäler und Einrichtungen der Zentralschweiz gebunden werden. Auch sind die Spitäler, die Hausärzte und die Ärztesgesellschaft sehr interessiert und grundsätzlich bereit, einen Masterstudiengang mitzutragen.

Auf der anderen Seite, so hat die Machbarkeitsstudie gezeigt, sind die grössten Herausforderungen einerseits die Partnerschaft mit einer anderen Universität, welche die Bachelorausbildung übernimmt. Andererseits wird wohl auch die Finanzierung schwierig, müssten doch für Aufbau und Betrieb zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Um zu diesen Themen vertiefte Informationen zu erhalten, hat unser Rat Ende 2014 entschieden, die zweite Phase der Machbarkeitsstudie durchzuführen. Diese ist zurzeit im Gang. Das Interesse aller Beteiligten ist gross, die Machbarkeit eines Masterstudiengangs Medizin seriös abzuklären und eine solide Empfehlung abzugeben.

Zu Frage 4: Sind Gespräche mit den interessierten Spitälern im Gang und erfolgreich?

Die Spitäler beteiligen sich mit eigenen Vertreterinnen und Vertretern in der Arbeitsgruppe, welche die Machbarkeitsstudie durchführt. Sie sind seit Beginn der Arbeiten in die Abklärung eingebunden und leisten wertvolle Beiträge. Die Beteiligung der Spitäler ist besonders deshalb auch wichtig, als sie im Bereich der klinischen Ausbildung eine zentrale Rolle einnehmen - jetzt bereits, und noch in höherem Mass, wenn in Luzern ein Master Medizin eingeführt würde.

Zu Frage 5: Nach der Überweisung des Postulats äusserten sich einzelne Gesundheitsdirektoren von Universitätskantonen negativ zum Projekt. Fanden diesbezüglich klärende Gespräche statt?

Es gab verschiedene informelle Gespräche. Da die Luzerner Machbarkeitsstudie noch nicht abgeschlossen ist, können aber noch keine Gespräche auf solider Faktenbasis geführt werden. Klar ist wie bereits erwähnt, dass die fünf Kantone mit vollen Medizinfakultäten (BE, BS, GE, VD, ZH) primär daran interessiert sind, ihre bestehenden theoretischen wie klinischen Ausbildungskapazitäten möglichst gut auszulasten, indem sie ihre Bachelor-Absolventen auch während des Masters ausbilden. Sie haben die Kapazitäten für die Medizinerausbildung in den letzten Jahren stark erhöht. Es bestehen also Vorbehalte der Kantone mit Medizinfakultäten gegenüber den Luzerner Plänen.

Zu Frage 6: Wie lautet der aktuelle Zeitplan für die Abklärungen? Mit welchem Zeitpunkt rechnet der Regierungsrat für das Vorlegen des zweiten Berichts vor den Kantonsrat?

Wenn die zweite Phase der Machbarkeitsstudie wie geplant durchgeführt werden kann, sollten die Ergebnisse samt Empfehlungen zum weiteren Vorgehen Anfang 2016 dem Regierungsrat präsentiert werden können. Anschliessend entscheidet dieser über das weitere Vorgehen und erstattet dem Kantonsrat Bericht, beziehungsweise präsentiert eine Vorlage.

Zu Frage 7: Sieht der Regierungsrat vernünftige Möglichkeiten, den Abklärungsgang zu beschleunigen?

In der Arbeitsgruppe sind die wichtigsten Institutionen vertreten, welche an einer neuen Medizinerausbildung in Luzern interessiert sind. Es sind dies Luzerner Kantonsspital, Klink St. Anna/Hirslanden, Schweizer Paraplegiker-Zentrum, Ärztesgesellschaft des Kantons Luzern, Universität Luzern, Gesundheits- und Sozialdepartement Kanton Luzern, Bildungs- und Kulturdepartement Kanton Luzern sowie ein mandatiertes externer Berater. Insgesamt gehören der Arbeitsgruppe zwölf Personen an. Sie arbeiten sehr engagiert und gut zusammen. Angesichts der Komplexität der Fragestellungen ist eine gewisse Zeit nötig, bis beschlussfähige Antworten vorliegen. Es ist unserem Rat ein wichtiges Anliegen, dass gut fundierte Entscheidungsgrundlagen seriös erarbeitet werden. Dies umso mehr, als die Einführung und der Auf-

bau eines Masters Medizin zusätzliche Kosten mit sich bringen würden. Es ist deshalb kaum möglich, die Abklärungen zu beschleunigen."

Helen Schurtenberger erwähnt, dass sie Herbert Widmer vertrete, weil dieser aufgrund einer Fortbildung abwesend sei. Es gehe um die Fragen, ob man mehr Ärztinnen und Ärzte brauche, ob man solche im Kanton Luzern ausbilden könne und ob überhaupt eine solche Ausbildung angeboten werden solle. Seit über zwanzig Jahren warne man vor einem Ärztemangel, seit vier Jahren würden sich auch die Spitäler an diesen Warnungen beteiligen. Vor wenigen Tagen habe es das Bundesparlament abgelehnt, die Forderung nach mehr Ärzten in der Verfassung zu verankern. Die Notwendigkeit sei aber bekräftigt worden. Der Bundesrat habe hundert Millionen Franken für die nächsten vier Jahre gesprochen, um dreihundert zusätzliche Ausbildungsstellen zu ermöglichen. Die demografische Entwicklung, die Feminisierung, der Wunsch nach Teilzeitarbeit, die Zuwanderung sowie das Arbeitsgesetz mit maximal 50 Arbeitsstunden pro Woche seien die Ursachen des Ärztemangels. Lösungsansätze könnten sein, dass die fehlenden Ärzte durch ausländische Ärzte ersetzt werden, was aber nicht zielführend sei. Eine andere Möglichkeit sei, dass Pflegefachleute einen Teil der Arbeit übernehmen würden. Das Problem sei aber, dass auch bei Pflegefachleuten ein Mangel bestehe. Es bleibe also nur die Erhöhung der Ausbildungszahlen. Anstatt den 860 jährlich ausgebildeten Ärzten, müssten es laut Bundesrat und Parlament aber 1300 sein. Es sei zwischen Aufnahmekapazität und klinischer Kapazität zu unterscheiden. Die Aufnahmekapazität für die ersten beiden Studienjahre sei mit 1648 Plätzen hoch. Die klinische Kapazität, also Plätze für die Masterausbildung, betrage im Jahr 2015 lediglich 1046 Plätze. Es gebe einige Kantone, die weitere Plätze anbieten wollten. Ein Studienjahr koste 120000 Franken pro Studierende. Die FMH sei der Meinung, dass die Hälfte genügen würde. Der Kanton Luzern bezahle viel für Studierende an andere Kantone. Es sei sinnvoller, wenn der Kanton Luzern schaue, dass er das medizinische Personal selber ausbilden könnte. Es würden dazu genügend verschiedene Spitäler existieren. Wenn nicht so viel Zeit für Analysen und Evaluationen gebraucht würde, wäre dies möglich. Wenn zu lange gewartet werde, sei diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden. Es müsse analysiert werden, ob nur der Master oder auch der Bachelor angeboten werden solle. Der Kanton Luzern müsse aber ein Angebot schaffen. Die Chance müsse für den Kanton Luzern und die ganze Zentralschweiz gepackt werden. Man erwarte schnelle Abklärungen und Entscheidungen.

Adrian Bühler hält fest, dass er die Analyse von Herbert Widmer teile. Die Schweiz müsse mehr Ärzte ausbilden, wenn das Niveau der medizinischen Grundversorgung gehalten werden wolle. Es bestehe Handlungsbedarf, weil ohne den Zuzug von ausländischen Ärztinnen und Ärzten die Versorgung bereits heute nicht mehr gewährleistet wäre. Der Vorstoss des ehemaligen CVP-Kantonsrates Thomas Willi sei in diesem Kontext entstanden. Er hätte damals verlangt, ein medizinisches Masterstudium in Luzern zu prüfen. Dieser Vorstoss sei im November 2012 vom Kantonsrat unterstützt und überwiesen worden. Die Regierung sei mit dem Stand der Abklärungsarbeiten nach wie vor im Zeitplan. Das Vorgehen mit Vor- und Machbarkeitsstudie entspreche auch den Vorschlägen, die der Regierungsrat 2012 gemacht habe. Es frage sich immer noch, ob sich der Kanton Luzern einen solchen Masterstudiengang leisten könne und ob dafür eine Partneruniversität für die medizinische Grundausbildung gefunden werden könne. Die CVP-Fraktion sei froh, dass bereits im Jahr 2012 die Abklärungsarbeiten ausgelöst worden seien und bald eine Machbarkeitsstudie auf dem Tisch liege.

Im Namen des Regierungsrates nimmt Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss zu den Fragen Stellung. Es sei festzustellen, dass sich die Anfrage von Herbert Widmer insbesondere auch um die genügende Anzahl Hausärzte kummere. Es nütze nichts, wenn mehr Medizinerinnen und Mediziner ausgebildet würden, es aber nicht gelinge, den Anteil an Absolventinnen und Absolventen für die Hausarztmedizin zu erhöhen. Wenn man dies erreichen wolle, müssten auch die Rahmenbedingungen für Hausärztinnen und Hausärzte optimiert werden. Der Auftrag des Parlaments sei die Prüfung eines Masterstudiengangs und nicht eines Bachelorangebots gewesen. Es werde entsprechend darauf hingearbeitet. Die vorhandenen Probleme seien von einer Tragweite, die einer seriösen Abklärung bedürften. Es frage sich, ob genügend Studierende gefunden werden könnten, die in Luzern den Master absolvieren wollten. Dazu müsse eine Zusammenarbeitsmöglichkeit mit einer anderen Universität gefunden werden. Zudem müsse man in der Lage sein, die notwendigen Finanzen aufzubringen. Es brauche viel Überzeugungskraft, um ein solches Projekt zu realisieren.

Der Anfragende, vertreten durch Helen Schurtenberger, ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden.